**Hamburger Erklärung** **der wirtschaftspolitischen Sprecher   
der CDU/CSU-Fraktionen in den Bundesländern**

im Rahmen der Sprechertagung   
vom 2. bis 3. April 2017 in Hamburg

2017 ist ein Entscheidungsjahr für die politische und insbesondere auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung zwischen einer unionsgeführten Bundesregierung und rot-rot-grün.

Wer auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft Arbeitsplätze schaffen und sichern, wer damit die Finanzierung des Sozialstaates gewährleisten und Chancen eröffnen will – der muss CDU/CSU und Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützen und wählen.

Die Entscheidung für rot-rot-grün oder AfD gefährdet den Wirtschaftsstandort und die stabile Entwicklung unseres Landes.

Dafür sind nach Auffassung der wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU und CSU folgende Eckpunkte besonders wichtig:

1. **Freien Handel sichern!**

Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland gründen in besonderer Weise auf unseren Exporterfolgen und deshalb brauchen wir freien Handel und den Europäischen Binnenmarkt.

Populismus und Protektionismus gefährden den freien Handel und damit die Wohlfahrt der Völker. Es ist ein fundamentaler Irrtum, dass Abschottung Wirtschaft und Arbeitsplätze schützt oder fördert. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Der Rostgürtel in den USA wird nicht besser, wenn man den Import von deutschen Produkten behindert oder verteuert. Die nationalistischen Tendenzen in europäischen Staaten gefährden unsere wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie die politische Zukunft. Wir begrüßen daher die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vom 25. März 2017 in Rom. Es ist im Interesse Deutschlands, die Europäische Integration weiter voranzubringen.

Wir fordern beidseitig faire Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, das nunmehr seinen Austritt aus der EU beantragte. Ziel muss auch sein, die wirtschaftlichen Verflechtungen so eng und diskriminierungsfrei wie möglich zu halten.

Wir fordern die zügige Ratifizierung von CETA in allen Mitgliedstaaten der EU und die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein TTIP-Abkommen zwischen EU und USA.

Wir fordern weitere bilaterale Abkommen der EU mit wichtigen Handelspartnern, vor allem in Asien und Lateinamerika, aber ebenso Rohstoffabkommen und Vereinbarungen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Die Globalisierung und Internationalisierung ist für unsere wirtschaftliche Zukunft zu nutzen.

Die Globalisierungsgegner, vor allem Linke, Grüne, AfD sowie Teile der SPD, gefährden mit ihrer ideologischen Verblendung unsere wirtschaftlichen Chancen.

1. **Digitalisierung: Entscheidend für unsere Zukunft!**

Die digitale Technik wird alle Lebensbereiche durchdringen. Es entstehen neue

Formen von Produktion, Distribution und Konsum, von Information und

Kommunikation, von Lehren und Lernen, das Internet of things, also von

allen Bereichen des Wirtschaftens, Arbeitens und Zusammenlebens.

Deutschland muss sich noch stärker auf diese Zukunft einstellen. Wir unterstützen die Strategie eines Europäischen Digitalen Binnenmarkts.

Wir halten die Schaffung eines eigenen Ministeriums auf Bundesebene für die Digitale Zukunft für notwendig. Das ist vergleichbar mit der Umweltverantwortung, einer Querschnittsaufgabe, die konzentriert und umfassend angegangen werden muss. Wir müssen die Ängste der Menschen in diesem Zusammenhang ernst nehmen, ihnen begegnen und vor allem den Blick für die Chancen öffnen.

Ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist ein entscheidender Standortfaktor. Politische Priorität hat es daher, eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandversorgung zu schaffen, um die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich der Digitalinfrastruktur wettbewerbsfähig zu halten Für alle Unternehmen ist bis Ende 2018 eine Versorgungs mit mindestens 50 Mbit/s vorzusehen. Parallel dazu soll eine stufenweise bedarfsgerechte Realisierung der ultraschnellen Breitbandnetze erfolgen. Bei neuen Gewerbe- und Industriegebieten sollte ein Direktanschluss an das Glasfasernetz und damit die Bandbreite von mindestens 100 Mbit/s Grundstandard sein. Die vorhandenen Programme von Bund und Ländern sind auf diese Ziele zu optimieren.

Zudem bietet die Abschaffung der sog. Störerhaftung für öffentlich zugängliche WLAN-Netze die Chance, Hochleistungsdatennetze in jeder Kommune frei zugänglich anzubieten. Auch diese Chance gilt es zu nutzen.

Die Digitalisierung wird die Anforderungen im Arbeitsleben stark verändern. Über Arbeit 4.0 müssen die Themen Flexibilisierung der Arbeit, Zusammenarbeit Mensch und Maschine und Qualifizierung von Staat und Wirtschaft angepackt werden. Dabei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig einzubinden und mitzunehmen.

Dazu fordern wir dringend einen Fahrplan von Bund und Ländern in den Bereichen Infrastruktur, IT-Sicherheitssysteme und Datensicherheit sowie E-Gouvernement. Gleichzeitig ist das Rechtssystem weiterzuentwickeln und anzupassen. Die Datensysteme von Bund, Ländern und Kommunen sind so aufeinander abzustimmen, dass für Unternehmen und Bürger ein einfacher Zugang möglich ist. Die sog. IKT-Themen müssen stärker an den Schulen- und Hochschulen verankert, Bildungseinrichtungen technisch zeitgemäß und mit entsprechenden Lehrmaterialien ausgestattet, Lehr- und Lernformen sowie Lerninhalte angepasst werden. Zudem sind Ausbildungsangebote für Lehrkräfte in allen Ausbildungsphasen sowie die bestehenden Angebote in der Lehrerfortbildung weiterzuentwickeln. Auch die bedarfsgerechte Anpassung der Ausbildungsberufe dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren.

Vor allem den Mittelstand wollen wir auf dem Weg in die digitale Zukunft unterstützen. Wir müssen dabei insbesondere die Themen Forschung und Entwicklung, Software-Kompetenz für große Datenmengen (Big Data) und Sicherheit digitaler Daten adressieren sowie die Erkenntnisse für alle Branchen und Betriebe in allen Bundesländern nutzbar machen.

Auf Bundes- und Landesebenen sollen dringend Möglichkeiten zur Schließung von Mobilfunklöchern geprüft werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass Netzbetreiber, Bundesnetzagentur, Länder und die betroffenen Kommunen in direkte Gespräche treten und gemeinsame Lösungen für den Aus- und Aufbau der Mobilfunknetze anstreben. Deutschland muss die Chancen von 5G aufgreifen und beschleunigt zur Nutzung bringen.

Es hat hohe politische Priorität, die Förderprogramme des Bundes für den Ausbau der digitalen Infrastruktur kontinuierlich weiterzuentwickeln und neue Finanzierungsformen zu prüfen. Der Förderrahmen muss mehr Flexibilität in der Wirtschaftsförderung ermöglichen und innovative Wege zur Sicherung der Daseinsvorsorge eröffnen. Alle Länder müssen ihre Förderprogramme mit ausreichenden Mitteln ausstatten.

1. **Steuerpolitik muss Leistung und Investition fördern**

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen fordern eine umfassende Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode und ein Steuerrecht, das den Bürgern zeigt: Leistung lohnt sich. Das Steuerentlastungspaket muss den stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlags, die Abflachung des Mittelstandsbauchs und einen „Tarif auf Rädern“ gegen die sog. Kalte Progression beinhalten. Weitere Bestandteile einer Entlastung können die Erhöhung des Werbungskostenpauschbetrags sowie gegebenenfalls die Einführung weiterer Pauschalierungen im Einkommensteuerrecht darstellen. Wir begrüßen ausdrücklich die Anhebung der Grenzen für die sofortige Abzugsfähigkeit der geringwertigen Wirtschaftsgüter.

Zudem brauchen wir stärkere Anreize für Innovation, Existenzgründung und Wagniskapital. Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz an selbstgenutztem Wohneigentum müssen in Zukunft auch steuerlich berücksichtigt werden.

Wir unterstützen Initiativen, die Familien mehr als bisher bei Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums unterstützen, wie z.B. die Einführung eines Baukindergelds. Auch die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums soll geprüft werden.

Diese Steuerentlastung sollte mindestens 15 Mrd. Euro im Jahr ausmachen.

Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes lehnen wir entschieden ab. Das würde zu einer Substanzbesteuerung und zur Belastung von Investition und Innovation führen.

Wir stellen fest: Linke und Grüne und Teile der SPD streben im Gegensatz dazu höhere Belastungen für Wirtschaft und Mittelstand an. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld ihrer Wahlentscheidung auf diese fundamentalen Unterschiede aufmerksam machen.

1. **Stabile Finanzen**

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern wollen einen starken, verlässlichen und verantwortungsvollen Staat, der solide und generationengerecht wirtschaftet. Es gilt für Bund, Länder und Kommunen, Haushaltsdisziplin zu wahren und die richtigen Prioritäten zu setzen. Nur wenn wir stetig und dauerhaft die Staatsschulden verringern, können die nachfolgenden Generationen über neue finanzielle Handlungsspielräume verfügen. Ein wichtiger Schritt dazu war, dass seit 2014 im Bund keine neuen Schulden aufgenommen wurden. Der Einzug der sog. Schuldenbremse in das Grundgesetz ist eine historische Errungenschaft. damit dieses Ziel auch für die Zukunft gilt. Ein Teil der finanziellen Spielräume, der sich durch Steuermehreinnahmen ergibt, soll für die Schuldentilgung und zukunftsorientierte Investitionen eingesetzt werden. Zusätzlich muss ein weiterer Anteil der Steuermehreinnahmen genutzt werden, um mit einer substantiellen Steuerentlastung ein Signal für Leistungsgerechtigkeit in die Mitte der Gesellschaft zu senden.

Bei der gegenwärtigen Situation der deutschen Wirtschaft unterstreichen wir die Notwendigkeit struktureller Umschichtungen der öffentlichen Ausgaben vom Konsum hin zu Investitionen. Begleitend sind Hemmnisse für Wettbewerb, Innovation und Produktivität abzubauen. Für öffentliche Projekte, sei es für Autobahnen, Flughäfen, Bahnstrecken oder Kindergärten, stellt der Staat viel Geld zur Verfügung, aber teils klemmt es erheblich bei der Realisierung. Dadurch geht wertvolle Zeit, aber auch Innovationsfähigkeit zugunsten der Infrastruktur in Deutschland verloren. Unser Ziel ist es, öffentliche Investitionen und Vorhaben schneller zu realisieren. Daher treten wir für eine Beschleunigungsoffensive für öffentliche Investitionen ein. Da ausreichend Investitionsmittel vorhanden sind, müssen wir bei der Schaffung des Baurechts schneller werden, um mit jedem Euro mehr zu erreichen. Wir wollen ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz so schnell wie möglich nach der Bundestagswahl auf den Weg bringen. Wir sprechen uns gegen weitere Verbandsklagerechte aus, damit Verbandsklagen oftmals aus ideologischen Gründen heraus Infrastrukturvorhaben verhindert werden. Dafür müssen wir auch auf europäischer Ebene zu Veränderungen der einschlägigen Richtlinie kommen.

Rot-rot-grün gefährdet die finanzpolitische Stabilität. Es droht damit die Umkehrung der soliden Finanzgrundlage der öffentlichen Hand. Rot-rot-grün würde bedeuten: Überbordende Staatsausgaben, kurzsichtige Milliardenprogramme der Sozialversicherungen, die auch die Erfolge am Arbeitsmarkt gefährden. Nur CDU und CSU stehen für eine langfristig andauernde finanzpolitische Solidität und für die Fortsetzung unseres Erfolgsweges in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

1. **Infrastruktur beschleunigen**

Deutschland in mitten Europas benötigt als Exportnation eine Infrastruktur, die den Handel von Waren und Dienstleistungen befördert und nicht als internes Handelshemmnis dient. Dabei sind Investitionen in die Handelswege über Wasser, Straße und Schiene als ein permanenter Prozess in der Fortentwicklung der Volkswirtschaft erforderlich.

Derzeit leiden der Zubau und die Modernisierung von Infrastrukturprojekten unter zu langen und komplizierten Planungsverfahren.

Die Gesetzgeber in den Bundesländern und im Bund sind aufgefordert, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine schnellere Planung und Finanzierung von Infrastrukturprojekten und deren Umsetzung ermöglichen. Dabei können bei besonderen Vorhaben auch Einzelfallgesetze möglich sein, die Planung und Finanzierung abschließend regeln. Grundsätzlich ist das Planungsrecht wesentlich zu vereinfachen. Einziger Rechtsbehelf wäre die Klage vor dem BVerwG.